

A-1-B antirassistische Strategien für die GRÜNE JUGEND

Gremium: 56. Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 01.10.2022
Tagesordnungspunkt: A antirassistische Strategien

Antragstext

1 Rassismus ist ein Teil unserer Gesellschaft. Während formale Bürger*innenrechte
2 vielerorts längst erkämpft wurden und offener Rassismus in weiten Teilen der
3 Gesellschaft als tabuisiert gilt, sind rassistische Ausbeutung und Unterdrückung
4 genau wie institutionalisierter Rassismus und Alltagsrassismus traurige
5 Normalität. Ob im Umgang mit Geflüchteten an Außengrenzen, der alltäglichen
6 Bedrohung von als asiatisch angesehenen Menschen während der Corona-Pandemie
7 oder der schlechten Bezahlung von Arbeitskräften aus Osteuropa, Rassismus
8 strukturiert unser Zusammenleben und beeinflusst das Leben vieler Menschen.
9 Weil Rassismus, also die Unterteilung von Menschen aufgrund einer
10 zugeschriebenen Herkunft oder äußerlichen Merkmale, so systemisch ist, macht er
11 auch vor dem politischen Raum nicht halt.
12 Obwohl migrantisierte Menschen an verschiedenen Stellen im politischen Geschehen
13 immer mehr Repräsentation erfahren und auch historisch immer an politischen
14 Kämpfen beteiligt waren, ist Politik für sie immer noch ein ausschließender
15 Raum. Erfahrungen mit Diskriminierung, das vermittelte Gefühl, nie ganz dazu zu
16 gehören und die häufige Sozialisation in von Armut betroffenen
17 Lebensverhältnissen verhindert, dass migrantisierte Menschen sich politisch
18 einbringen können.

19 Als GRÜNE JUGEND ist es unser Ziel, ein Verband der Vielen zu sein. Doch das
20 können wir nur sein, wenn wir eine Strategie dafür haben, wie wir migrantisierte
21 Menschen besser ansprechen, einbinden und fördern können.

22 Dabei darf es nicht nur darum gehen, migrantisierte Menschen von der GRÜNEN
23 JUGEND zu überzeugen, sondern vor allem darum, das zugänglich zu machen, was die
24 GRÜNE JUGEND ist: Ein Ort der politischen Beteiligung, des Aktivismus, des
25 gemeinsamen Lernens und der politischen Verbündeten. Dieser Prozess braucht
26 Zeit, weil er dort ansetzt, wo Menschen zur Grünen Jugend kommen und beginnen,
27 Verantwortung zu übernehmen. Die Strategie dabei baut auf den großen
28 qualitativen und quantitativen Evaluationen des Verbandes, Analysen und
29 erprobten Maßnahmen des Arbeitsbereichs antirassistische Strategien und dem
30 Bundesvorstand. Wir unterscheiden gezielt zwischen einer antirassistischen
31 Verbandsstrategie und Maßnahmen gegen Antisemitismus. Rassismus und

Antisemitismus sind grundlegend anders wirkende Diskriminierungsformen, die sich auch jeweils anders im Leben und politischen Alltag von Menschen ausdrücken. Dennoch sind viele der Maßnahmen, die wir im Zuge der antirassistischen Verbandsstrategie ergreifen werden, auch zur Förderung von Jüdinnen und Juden geeignet, da auch sie häufig von (antislawischem) Rassismus betroffen sind. Davon unabhängig werden wir uns auch zukünftig mit den Wirkweisen von Antisemitismus auf unseren Verband beschäftigen und Maßnahmen zur gezielten Förderung von Jüdinnen und Juden erproben.

Ziele

Unser Ziel ist es, Angebote zu schaffen und Maßnahmen zu etablieren, die es migrantisierten Menschen überall im Verband ermöglichen, in der GRÜNEN JUGEND ihren Ort des politischen Engagements zu finden. Dabei wählen wir einen Ansatz, der bereits dort beginnt, wo migrantisierte Menschen aktiv werden und Verantwortung übernehmen wollen. Auf dem Weg zu einem offenen Verband der Vielen gibt es keine Abkürzungen.

I Verantwortung tragen, konsequent und solidarisch

Schon jetzt findet Bildungsarbeit über Rassismus im Verband statt und es gibt vereinzelte Vernetzungsangebote für migrantisierte Menschen. In vielen Fällen wird diese wichtige Arbeit allerdings von migrantisierten Mitgliedern eigenständig gestemmt. Obwohl sie eigentlich andere Interessen haben, fühlen sich viele migrantisierte Menschen indirekt verantwortlich (gemacht) für Aufgaben rund um die Bildung über Rassismus und Förderung von migrantisierten Mitgliedern. Mit einem gut gemeinten Verweis auf fehlende eigene Betroffenheit entziehen sich viele Menschen der Verantwortung, sich diesem Themenbereich in ihrer politischen Arbeit ernsthaft zu widmen. Unser Ziel ist es, dass diese wichtige Aufgabe von Vorständen übernommen wird und Teil der strategischen Verbandsentwicklung ist. Die Verantwortung dafür kann nicht bei einzelnen Betroffenen liegen, sondern muss als Querschnittsaufgabe des gesamten Vorstands begriffen werden. Ihre Aufgabe ist auch die regelmäßige Evaluation der bisher ergriffenen Maßnahmen. Dabei ist das Ziel, dass Vorstände einen Überblick über die antirassistische Arbeit haben und die gemeinsamen Ziele mit realistischen Projekten verfolgen.

Eine solidarische Verteilung der Verantwortung bedeutet auch, dass sich alle Aktivist*innen in der GRÜNEN JUGEND für die antirassistische Verbandsöffnung einsetzen. Deswegen wollen wir Wissensaustausch und -weitergabe zwischen allen Ebenen herstellen und verstetigen.

II Offene Verbandskultur pflegen

Jede Organisation neigt dazu, soziale Codes zu entwickeln, die Menschen davon

70 abhalten, aktiv zu werden und dazu führen, dass schneller ein Gefühl des "Nicht
71 dazugehörens" entsteht. Eine offene Verbandskultur hingegen sorgt dafür, dass
72 sich alle Menschen wohlfühlen, unabhängig von ihrer politischen Vorerfahrung und
73 Sozialisation. In Ortsgruppen kommen Menschen das erste Mal mit der GRÜNEN
74 JUGEND in Verbindung und finden ihr politisches Zuhause. Sie wollen wir darin
75 fördern, offene soziale Räume im Verband zu schaffen.

76 Teilweise sind Menschen verunsichert, welche Sprache und welche Verhaltensweisen
77 in der GRÜNEN JUGEND "in Ordnung" sind. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass
78 neue Leute vieles, was für viele Aktive bereits selbstverständlich ist, wie die
79 Benutzung von genderinklusive Sprache oder bestimmte Abkürzungen zu verwenden,
80 gar nicht wissen können. Viele Interessierte zum Mitmachen begeistern, können
81 wir aber nur, wenn wir ein Klima schaffen, in dem sich auch diese willkommen
82 fühlen. Diese Verunsicherung bauen wir ab, indem wir beispielsweise
83 diskriminierende Sprache nicht ignorieren, aber indem wir Interessierte und
84 Leute, die neu dazukommen, gezielt unterstützen, anstatt sie wegen ihrer
85 vermeintlich „falschen Sprache“ auszuschließen.

86 Nicht nur Vorstände, sondern alle Aktivist*innen in der GRÜNEN JUGEND tragen die
87 Verantwortung ein Bewusstsein für eine offene Verbandskultur zu entwickeln und
88 diese zu pflegen.

89 **III Förderung und Bildungsarbeit unterscheiden**

90 Die Grüne Jugend ist ein antirassistischer Verband. Das impliziert, dass es auch
91 unsere Aufgabe ist, migrantisierte Mitglieder aktiv anzusprechen und für
92 Verantwortungsübernahme im Verband vorzubereiten, um politische Räume weiter zu
93 öffnen. Hierbei ist eine Förderung migrantisierter Mitglieder das wichtigste
94 Element. Oft werden allerdings Förderangebote und Ansprache gleichgesetzt mit
95 der inhaltlichen Auseinandersetzung mit Rassismus. Das führt zu einem dazu,
96 dass migrantisierte Menschen ungewollt zu Rassismusexpert*innen gemacht werden
97 und andererseits dazu, dass nicht-migrantisierte Menschen häufig wenig über
98 Rassismus wissen. Unsere Evaluation hat gezeigt, dass migrantisierte Mitglieder
99 mit einer Vielzahl an Themen in die Grüne Jugend kommen und sich auch gerne mit
100 diesen beschäftigen wollen. Gleichzeitig suchen sie oft nach Vernetzung und
101 Anschluss, ohne sich mit (Anti)rassismus beschäftigen zu müssen.

102 Unser Ziel ist es daher, stärker zwischen antirassistischer Bildungsarbeit und
103 Maßnahmen zur Förderung migrantisierter Mitglieder sowie Ansprache zu
104 unterscheiden. Der Zugang zu einer antirassistischen Gesellschaftsanalyse und
105 Bildungsinhalten muss all unseren Aktivist*innen zur Verfügung stehen, denn sie
106 geht uns alle an.

107 **IV Fördermaßnahmen ausbauen**

Für viele migrantisierte Menschen ist Politik ein Raum, zu dem die Tür für sie verschlossen ist. Neben der offenen Verbandskultur ist dementsprechend auch die Förderung von migrantisierten Menschen entscheidend. Diese Förderung sollte sich nicht um die inhaltliche Bearbeitung des Themenfeldes Rassismus drehen, sondern auf Verantwortungspositionen vorbereiten, Wertschätzung vermitteln und gezielt empowern. Förderung findet dabei für uns nicht nur im Rahmen von spezifischen Angeboten statt, sondern als Querschnittsaufgabe durch den gesamten Verband. Die Verantwortung dafür liegt nicht nur bei migrantisierten Menschen, sondern bei den Vorständen der jeweiligen Ebene. So verhindern wir, dass sich Betroffene als "Token", also als Repräsentant*in und Fürsprecher*in einer vermeintlich homogenen Gruppe fühlen müssen.

V Themensetzung in den Blick nehmen

Neben der Ansprache innerhalb des Verbands, die dazu dient, Mitglieder in Strukturen einzubinden, ist ebenso die Außenwirkung der Grünen Jugend entscheidend dafür, ob Menschen zu uns kommen möchten. Wir sprechen Menschen an, indem wir ihre Lebensrealität verstehen und uns mit den Themen beschäftigen, die auch sie beschäftigen und politisieren. Das sind häufig Themen aus dem Bereich Arbeit und Soziales. Unser Ziel ist es, mit unserer Themensetzung migrantisierte Menschen besonders gut zu erreichen.

VI Banden bilden!

Wir wollen die Vernetzung von migrantisierten Mitgliedern auf allen Verbandsebenen ausweiten, verstetigen und qualitativ verbessern, um diese zu einem Raum der Bestärkung und Unterstützung zu machen. Migrantisierte Mitglieder können so voneinander lernen, sich gegenseitig stärken und in Zukunft Vorbilder für jüngere, migrantisierte Mitglieder sein, die sich in der Grünen Jugend einbringen möchten.

Es gilt, Mitglieder dort abzuholen, wo sie ihren ersten Berührungspunkt in der GRÜNEN JUGEND haben. Das ist zumeist vor Ort und im Landesverband. Dementsprechend ist es die Aufgabe von gewählten Verantwortungsträger*innen, wie zum Beispiel Vorständen, migrantisierte Mitglieder aktiv anzusprechen und einzubeziehen und sie nach Möglichkeit auf die bestehenden Vernetzungsangebote aufmerksam zu machen.

Konkrete Maßnahmen

- Ebenenübergreifender Austausch etablieren und verstetigen, um voneinander zu lernen und die Verbandsstrategie effektiv umzusetzen. Dies beinhaltet Methodenschulungen und Leitfäden für Verantwortungsträger*innen.

- Verschiedene Fördermaßnahmen für Zielgruppen erproben und evaluieren, wer von welchem Angebot wie gut erreicht wird. Fördermaßnahmen sind hierbei nicht zwingend nur an migrantisierte Mitglieder gerichtet. Vielmehr sollen migrantisierte Mitglieder stärker in bestehenden Programme einbezogen werden. Förderung geschieht am besten von unten - also an den ersten Anknüpfungspunkten und Einbringungsorten.
- Bei Veranstaltungen und Bildungsangeboten wird darauf geachtet, gerade für Themen, die nichts mit Rassismus zu tun haben, migrantisierte Referent*innen zu finden.
- Evaluation, wie wir durch unsere Öffentlichkeitsarbeit migrantisierte Menschen ansprechen und Erprobung verschiedener Maßnahmen zur verbesserten Ansprache. Dabei werden wir insbesondere vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Evaluation unsere Themensetzung in den Blick nehmen.
- Inhaltliche Weiterentwicklung eines niedrighschwelligen Bildungskonzepts über Rassismus, das sich explizit auch an nicht migrantisierte Menschen richtet.
- Erprobung von Vernetzungstreffen in Regionen, in denen bisher noch nicht viele migrantisierte Menschen aktiv sind und Ausbau persönlicher regionaler Treffen.
- Realistische Zielsetzung und Evaluation durch Vorstände. Diese dienen dazu, Arbeit und Erfolge nachvollziehen zu können und Handlungen durch Zielsetzung zu priorisieren.
- Gezielte Ansprache und Förderung sicherstellen durch inhaltliche Themensetzung bei Bildungsveranstaltungen
- Nutzung der Ergebnisse der Evaluation zur Erarbeitung eines Konzepts zur Ansprache und Förderung von migrantisierten Menschen auf Ortsebene

F-1-B Nachtragshaushalt 2022

Gremium: 56. Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 01.10.2022
Tagesordnungspunkt: F Finanzen

Antragstext

- 1 Der Nachtragshaushalt 2022 sowie ausführliche Anmerkungen zu den verschiedenen
- 2 Töpfen befinden sich in der Wolke:
- 3 <https://wolke.netzbegruenung.de/f/56917138>

F-2-B Haushalt 2023

Gremium: 56. Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 01.10.2022
Tagesordnungspunkt: F Finanzen

Antragstext

1 Der Haushalt 2023 mit Anmerkungen zu den verschiedenen Töpfen befindet sich in
2 der Wolke

3 <https://wolke.netzbegruenung.de/f/56919287>

4 Den Jahresabschluss 2021 findet ihr unter:
5 <https://wolke.netzbegruenung.de/f/56919775>

K-3-B Solidarität statt Krisen!

Gremium: 56. Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 01.10.2022
Tagesordnungspunkt: K Solidarität statt Krisen!

Antragstext

Solidarität statt Krisen!

Die Welt verändert sich immer rasanter. Mit dem Krieg in der Ukraine verstärken sich gesellschaftliche Krisen, die durch die Corona-Pandemie sowieso befeuert wurden. Immer mehr Menschen leben in Armut, sind auf den Zweit- oder Drittjob angewiesen, gehen zu Tafeln und richten sich darauf ein, sich im Winter das Heizen nicht mehr leisten zu können. Gleichzeitig erleben wir, wie ein falscher Widerspruch zwischen Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit hergestellt und so das Ende des Monats gegen das Ende des Jahrzehnts ausgespielt wird. Ein Jahr nach der Bundestagswahl schauen wir auf eine Regierung, die auf diese dramatische Lage keine ausreichende Antwort findet.

Für uns bleibt klar: Wir sind solidarisch mit den Menschen in der Ukraine. Wir setzen uns für humanitäre Hilfen während und nach dem Krieg, der Unterstützung der russischen Oppositionellen, die Aufnahme von Geflüchteten, militärische Unterstützung und das Ende der Finanzierung des russischen Angriffskrieges durch die Hintertür ein. Dieser Krieg verursacht schreckliches Leid und muss ein schnellstmögliches Ende finden, ein Diktatfrieden auf dem Rücken der Ukrainer*innen ist aber keine Option. Russland ist als Aggressor der alleinige Auslöser für den Krieg und die einzige Kriegspartei, die diesen Krieg beenden kann. Die Ukraine darf nicht bevormundet werden, wie der Krieg zu beenden ist und wann er für sie beendet ist. Verhandlungen sollten also nur im Sinne der Ukrainer*innen stattfinden. Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen. Dabei sind Forderungen nach der Öffnung von Nordstream 2 oder der Laufzeitverlängerung der verbleibenden Atomkraftwerke Nebelkerzen. Wir brauchen günstige, erneuerbare Energie für alle, statt Hochrisikotechnologie und Abhängigkeit von autoritären Staaten!

Die Krise ist jetzt!

Studierende, Familien mit vielen Kindern, Rentner*innen, Grundsicherungsbezieher*innen und Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen haben immer weniger zum Leben bei immer höheren Kosten zur Lebenserhaltung. 40 Prozent der Erwachsenen haben kein Ersparnis mehr, mit dem sie in der aktuellen Situation über die Runden kommen könnten. Und auch die zum 01. Oktober geltende Anpassung des Mindestlohns ist durch die Inflation fast vollständig verpufft - dabei war dies eines der zentralen Vorhaben der Ampel, um für mehr Lohngerechtigkeit zu sorgen.

Gleichzeitig befinden wir uns in einer Situation realer Gasknappheit. Für die Gesellschaft hätte es dramatische Folgen, wenn unsere Energieversorgung zusammenbrechen würde. Dadurch, dass unsere Energieversorgung privat und nicht öffentlich organisiert ist, ergibt sich daraus die Notwendigkeit, versorgungsrelevante Unternehmen zu retten.

Es ist aber aus unserer Sicht der falsche Weg, dafür eine komplizierte Gasumlage auf den Weg zu bringen, anstatt die betroffenen Unternehmen über den Haushalt zu unterstützen und dafür ein Mitspracherecht der öffentlichen Hand einzufordern. Dass die Gasumlage kommt, liegt daran, dass die Ampel weiter daran festhält, die Schuldenbremse einzuhalten.

Die Verluste von Unternehmen muss die Gesellschaft zahlen, aber die Gewinne werden weiter privatisiert. Zu einem Zeitpunkt, in dem für viele unklar ist, wie sie ihre Rechnungen in den nächsten Monaten bezahlen sollen, ist das nicht zu erklären.

Echte soziale Sicherheit? - Fehlanzeige!

Die Regierung hat ein 3. Entlastungspaket geschnürt, mit dem Lücken des alten Pakets ausgebessert und einige notwendige Maßnahmen ins Spiel gebracht werden. Es ist richtig, dass jetzt auch Studierende, Azubis und Rentner*innen berücksichtigt werden, auch wenn 300 Euro im besten Fall nur bereits entstandene Kosten ausgleichen. Dass es ein weiteres, vermeintlich großes Entlastungspaket gibt, ist ein Ausdruck davon, dass der Druck auf die Regierung wächst: Immer mehr Menschen machen ihrem Unmut Luft und fordern eine sozialere Politik ein.

Beim genaueren Hinschauen merkt man jedoch, dass die Maßnahmen sehr kompliziert sind und es Monate dauern könnte, bis die weiteren Entlastungen bei den Menschen ankommen.

Die vergangene Energiepauschale ist quasi schon aufgebraucht und eine Neuauflage, um die kommenden Kosten abzufedern, sieht das Paket nicht vor. Es ist dem Einsatz der Zivilgesellschaft rund um #EuroWeiterFahren und anderen Initiativen zu verdanken, dass sich die Ampel darauf geeinigt hat, ein bundesweites Ticket einzuführen. Die Preisspanne ist für diejenigen, die gerade jeden Cent umdrehen müssen, aber noch viel zu hoch.

Die Tafeln laufen über, die Preise steigen immer weiter - und die Menschen am Existenzminimum sollen jetzt 50 Euro mehr ab dem nächsten Jahr bekommen. Das ist

ein Tropfen auf den heißen Stein.

Für die vielen Menschen mit geringem Einkommen, für Studierende und Auszubildende, für Rentner*innen und Menschen in Grundsicherung, für Beschäftigte mit geringem Einkommen bedeutet das, weiterhin mit der Unsicherheit leben zu müssen, die eigenen Rechnungen nicht bezahlen zu können.

Die steigenden Preise für Energie, Sprit und Lebensmittel belasten große Teile der Bevölkerung. Dass die Ampel sich sehr schwer damit tut, einen sinnvollen sozialen Ausgleich zu finden, kommt nicht von ungefähr. Schon in den Sondierungs- und Koalitionsverhandlungen wurden jegliche neue Finanzierungsspielräume wie die Aussetzung der Schuldenbremse oder die Beteiligung von sehr Wohlhabenden am Gemeinwohl durch höhere Steuern ausgeschlossen. Damit hat sie sich selbst der sozialen Grundlage geraubt, die notwendig ist, um in Zeiten von Krisen für Sicherheit zu sorgen. Doch das muss nicht so bleiben! Eine andere Krisenbewältigung ist möglich. Von einer selbsternannten progressiven Regierung erwarten wir mehr. Das gilt auch für die Grüne Partei: Den Status Quo zu verwalten, reicht längst nicht mehr aus.

Krise? Solidarisch bewältigen!

Die Regierung hinkt den steigenden Preisen hinterher. Das, was wir brauchen, sind strukturelle Maßnahmen, die auch in der Zukunft wirken, sonst müssen wir in wenigen Wochen das nächste Entlastungspaket schnüren. Der Unmut steigt. In immer mehr Städten formieren sich Bündnisse, immer mehr Menschen wehren sich gegen hohe Preise und niedrige Löhne. Die politische Rechte versucht derweil, die Krise zu nutzen, um die Solidarität mit der Ukraine zu diffamieren und falsche Widersprüche aufzumachen, um ihr rassistisches, spaltendes Gedankengut salonfähig zu machen. Deswegen versuchen sie, progressive Demonstrationen bewusst einzunehmen, um einen linken Sozialprotest zu verunmöglichen. Vorgesobene Distanzierungsversuche und Kriminalisierung von sozialem Protest spielen den Rechten in die Hände.

Als Grüne Jugend kämpfen wir gemeinsam mit allen demokratischen progressiven Kräften, die für eine solidarische Krisenbewältigung auf die Straße gehen. Denn diese Krise darf nicht auf dem Rücken der Ärmsten ausgetragen werden. Diese Krise muss sozial bewältigt werden. Die Taktik des russischen Regimes, europäische Gesellschaften dadurch zu spalten, dass die steigenden Preise gegen die Unterstützung der Ukrainer*innen ausgespielt werden, darf nicht aufgehen. Um unsere Solidarität mit der Ukraine aufrechtzuerhalten, müssen die Belastungen durch Krieg und Energiekrise solidarisch verteilt werden.

Wir fordern:

- **Zielgerichtete Direktzahlungen** insbesondere für Azubis, Studierende, Empfänger*innen von Sozial- und Transferleistungen, Renter*innen, Menschen

mit niedrigem Einkommen und Familien.

- **Ein Mietpreisdeckel und ein Moratorium für Zwangsräumungen** sowie für Strom- und Gassperren. Würdigen Wohnen ist ein Grundrecht und darf steigenden Preisen nicht zum Opfer fallen. Schon explodierte Mietpreise müssen begrenzt und reduziert werden, statt noch weiter erhöht zu werden.
- **Die Umsetzung von einem Strom- und Gaspreisdeckel**, welcher die Preise für den durchschnittlichen Verbrauch eines Haushalts begrenzt um Verbraucher*innen von horrenden Gaspreisen zu entlasten.
- **Die Weiterführung des 9-Euro-Tickets und massive Investitionen in Bus und Bahn!** So werden Pendler*innen zielgerichtet entlastet, mehr gesellschaftliche Teilhabe durch bezahlbare Mobilität ermöglicht und es wird ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet. Das Grundrecht auf Mobilität hin zu einem ticketlosen ÖPNV wird so Stück für Stück Realität.
- **Höhere Löhne für alle!** Wir unterstützen die Arbeiter*innen in ihren Tarifverhandlungen. Als Grüne Jugend setzen wir uns weiter für einen höheren, wirklich armutsfesten Mindestlohn ein.
- **Energieversorgung sichern!** Unsere Abhängigkeit von fossilen Energien ist der Grund für die steigenden Energiepreise. Der beste Weg, um eine langfristige Energieversorgung sicherzustellen, ist also ein massiver Ausbau der Erneuerbaren Energien. Wir brauchen keine weitere feste fossile Infrastruktur in Form von festen LNG-Terminals, sondern einen konsequenten, schnellen Gasausstieg bis 2035. Perspektivisch gehört die Energieversorgung in die öffentliche Hand.
- **Hartz IV abschaffen und durch eine armutsfeste Grundsicherung ersetzen!** Damit das neue Bürgergeld existenzsichernd ist, müssen die Regelsätze um mindestens 200 Euro steigen, sanktionsfrei.
- **Jetzt den Frieden sichern durch die Ausfinanzierung von Friedens- und Demokratieprojekten**, durch eine deutliche Erhöhung der Mittel für globale Ernährungssicherheit und Entwicklungszusammenarbeit, sowie durch eine neue menschenrechtsbasierte Handelsordnung!

Egal ob das Sondervermögen oder der Abbau der kalten Progression: Wenn es politisch gewollt ist, ist immer genug Geld da. Bei den Entlastungen für die Menschen wird hingegen wieder gespart.

Wir fordern :

- **Eine Übergewinnsteuer für Krisenprofiteure**, die übermäßig von den gestiegenen Preisen und Krieg in der Ukraine profitiert haben. Mit den gestiegenen Einnahmen müssen zielgerichtete Entlastungen finanziert werden. Dies nur im Stromsektor zu beschließen, wie bisher von der Ampel vorgesehen, reicht nicht. Wir setzen uns für die Ausweitung auf andere Bereiche und die rückwirkende Erhebung ein.
- **Den Abbau und die sukzessive Streichung klimaschädlicher Subventionen.** So schaffen wir mehr Möglichkeiten im Haushalt und leisten einen wichtigen Beitrag zum Erreichen der Klimaziele.
- **Die Aussetzung der Schuldenbremse 2023!** Nur so sind die notwendigen Ausgaben im Haushalt 2023 zu finanzieren. Ein weiteres Kaputtsparen der Gesellschaft können wir uns nicht leisten.

Wir als GRÜNE JUGEND sagen: Genug ist genug. In den nächsten Wochen und Monaten werden wir für eine soziale Krisenbewältigung kämpfen.

Die Grüne Partei ist mit dem Anspruch in die Regierung gegangen, nicht bloß den Status Quo weiter zu verwalten, sondern positive Veränderungen für die Gesellschaft zu erwirken. Jetzt muss es darum gehen, diesem Anspruch gerecht zu werden. Denn ohne eine starke gemeinsame soziale Grundlage wird auch die Bereitschaft für weitgehenden, notwendigen Klimaschutz sinken.

Deswegen sehen wir die Grüne Partei, Fraktion und Regierungsmitglieder in der Verantwortung, sich dafür einzusetzen, dass die Ampel echte soziale Antworten auf die Krisen der Zeit gibt.

Als Verband werden wir in den nächsten Monaten auf die Straße gehen. An unserer Seite stehen viele, die es satt haben, dass Krisen auf ihrem Rücken ausgetragen werden. Wir stehen Seite an Seite mit ihnen und zeigen, dass es einen anderen Weg gibt: Solidarität statt Krisen!

P-1-B Solidarität statt Krisen - Arbeitsprogramm 2023

Gremium: 56. Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 01.10.2022
Tagesordnungspunkt: P Arbeitsprogramm

Antragstext

Solidarität statt Krisen - Arbeitsprogramm 2023

Einleitung

Das letzte Verbandsjahr war ein intensives. Gleich zu Beginn mussten wir uns zum Koalitionsvertrag positionieren und uns in die neue Rolle als Regierungsjugend einfinden. Als im Februar dann der Krieg durch den russischen Angriff auf die Ukraine eskalierte, standen wir als Gesellschaft wieder vor ganz neuen Herausforderungen: Millionen von Menschen aus der Ukraine verloren ihr zu Hause und mussten fliehen. Während wir die Auswirkungen der Corona-Pandemie noch lange nicht hinter uns gelassen haben, kamen durch die Inflation ganz neue Belastungen auf uns zu, die die gesellschaftliche Ungleichheit nur noch verschärften. Menschen wissen auch am Ende des Jahres 2022 immer noch nicht, wie sie über den Winter kommen sollen - trotz mehrerer Versuche der Bundesregierung, Entlastungen bereitzustellen.

Doch wir als GRÜNE JUGEND stecken den Kopf nicht in den Sand. Wir kämpfen für eine bessere Zukunft für alle und werden das auch 2023 weiter tun. Deshalb werden wir im nächsten Jahr einen inhaltlichen Fokus auf internationale Themen legen. Um die Probleme unserer Zeit entschlossen anzugehen und Antworten auf die großen Fragen zu finden, braucht es außerdem eine starke Linke. Wir als GRÜNE JUGEND verstehen uns als Teil von ihr und werden auch im nächsten Jahr daran arbeiten, ein schlagkräftiger, vielfältiger Verband zu sein, um endlich echte Veränderung voranzutreiben. Packen wir's an!

Bildungsarbeit

Gute Bildungsarbeit ist eine der Kernaufgaben der GRÜNEN JUGEND. Um politisch wirklich etwas zu verändern, müssen wir die Verhältnisse verstehen und einen kritischen Blick entwickeln. Es ist unsere Aufgabe, unseren Mitgliedern auf

allen Ebenen und mit den verschiedensten Wissens- und Erfahrungsständen kluge Analysen an die Hand zu geben, die sie befähigen und ermächtigen. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, braucht es für das kommende Jahr eine Bildungsoffensive 2023!

Frühjahrskongress

Der Frühjahrskongress ist unser zentraler Ort für die Bildungsarbeit im Verbandsjahr. Dort widmen wir uns den zentralen Fragen unserer Zeit und entwickeln eine gemeinsame Analyse des Status Quo - und wie es anders aussehen könnte. 2023 werden wir unseren Blick weiten und uns fragen, wie wir unsere politischen Kämpfe global angehen können: Wie hängen die Verhältnisse bei uns vor Ort mit globaler Ungerechtigkeit zusammen? Weshalb setzt der moderne Kapitalismus überhaupt auf globalisierte Märkte und wie funktionieren sie? Welche Ideologie steckt dahinter? Und weshalb sind linke Bewegungen dennoch häufig höchstens national erfolgreich? Was bedeutet es überhaupt, ein internationalistischer Verband sein zu wollen und was hat das für Auswirkungen für unsere politische Arbeit vor Ort?

Sommerakademie

Die Sommerakademie 2023 steht im Zeichen der Europawahl 2024. Als Ort der Strategiefindung wollen wir dort eine linke Vision einer Europäischen Union entwerfen und die Ideologie der "Wertegemeinschaft EU" aufdecken, die die kapitalistischen Interessen und damit den Kern dieser Wirtschaftsunion verschleiert.

Wieso gehen der Wunsch einer "Wertegemeinschaft" und die Wirklichkeit der Wirtschaftsunion so weit auseinander? Weshalb wird auf der einen Seite die europäische Einigkeit beschwört und auf der anderen Seite durch kapitalistische Wirtschaftspolitik Menschen im europäischen Süden großem Leid ausgesetzt? Welche Ideologie steckt dahinter? Weshalb entwickeln sich seit mehreren Jahren in einigen Ländern Europas rechtspopulistische Politikansätze so erfolgreich? Und welche Antworten können wir als Linke darauf finden? Damit wollen wir für das Wahljahr 2024 den Grundstein für eine strategische Auseinandersetzung mit der Europäischen Union legen.

Bildungsoffensive 2023

Um in politisch so turbulenten Zeiten den Kurs halten zu können, braucht es ein stabiles Fundament an klugen, vielfältigen und kritischen Bildungsangeboten. Dieses wollen wir in den kommenden Jahren auf allen Ebenen stärken und rufen dafür die Bildungsoffensive 2023 aus!

Im vergangenen Jahr haben wir mit unseren Bildungscamps gezielt eine breite Grundlagenausbildung von Menschen, die noch nicht lange Teil der GRÜNEN JUGEND sind, erprobt. Auf den dort gewonnenen Erkenntnissen wollen wir aufbauen und die Vermittlung inhaltlicher, methodischer und strategischer Grundlagen weiter ausbauen. So soll insbesondere Neumitgliedern die Möglichkeit gegeben werden, sich schnell mit den zentralen Analysen vertraut zu machen und in ihrer Ortsgruppe aktiv zu werden. Als zukünftigen Ort für diese Grundlagenbildung sehen wir die Bildungsarbeit in den Landesverbänden, die wir darin begleiten, ausbilden und durch verschiedene, regional anpassbare Konzepte unterstützen wollen. Auch wollen wir die Landesvorstände darin unterstützen, Wissen an ihre Orts- und Kreisverbände weiterzugeben, sich regelmäßig mit ihnen auszutauschen, zu vernetzen, zu diskutieren und gemeinsam Strategien zu entwickeln. Insbesondere kleinere und ländliche Ortsgruppen sollen hier in den Blick genommen werden. So können zum Beispiel Werkzeuge zum Aufbau und Erhalt von Ortsgruppen erklärt werden und auch Methoden zur Gewinnung von neuen Mitgliedern vermittelt werden. Hierbei schaffen wir sowohl spezifische Angebote für Mitglieder in Verantwortung als auch Bildungsangebote für alle Mitglieder.

Ein zweiter Baustein der Bildungsoffensive soll eine bundesweite Seminarreihe darstellen, mit der wir den internationalistischen Sommer ausrufen! Über den ganzen Sommer verteilt werden wir Seminare zu unterschiedlichen Themen anbieten, die dabei explizit eine internationalistische Perspektive auf zentrale Themen wie Feminismus, Wirtschafts-, Klima-, und Sozialpolitik, Frieden und Sicherheit, Entwicklungszusammenarbeit oder auch antikoloniale Befreiungs- und Demokratisierungskämpfe werfen. Hierbei soll es sowohl eine thematische Vielfalt geben, als auch zielgruppenspezifische Angebote: Angebote für migrantisierte Personen sowie Frauen, inter und trans Personen reihen sich nahtlos ein und bieten diesen Gruppen die Chance, sich gezielt diesem Themenkomplex anzunähern. Hierbei sollen sowohl verschiedene Teams und Arbeitsbereiche als auch Fachforen bei der Ausarbeitung und Umsetzung der Bildungsoffensive mit eingebunden werden.

Der dritte Baustein unserer Bildungsoffensive bildet die Neuauflage des Train-the-Trainer*innen-Programms. Hier werden wir in mehreren Seminaren Menschen, die selber schon viel Bildungsarbeit erfahren haben oder bereits damit angefangen haben, sie selber anzubieten, inhaltlich, methodisch und strategisch ausbilden, um sie zu befähigen, kluge Bildungsarbeit für den Verband auf allen Ebenen anzubieten und unseren Pool an gut ausgebildeten Referierenden deutlich zu erweitern!

Mitgliedermagazin

Die über:morgen hat sich mittlerweile als fester Bestandteil der dezentralen Bildungsarbeit des Verbandes etabliert und sich immer weiter professionalisiert. Ob in Ortsgruppen oder bundesweiten Workshopangeboten finden die Texte

vielfältige Verwendung. Auch im Jahr 2023 soll die Bildungsarbeit der GRÜNEN JUGEND mit zwei Ausgaben der über:morgen unterstützt werden.

Das erste Mitgliedermagazin erscheint zum Frühjahrskongress und soll somit das Thema des Frühjahrskongresses aufgreifen und vertiefen:
Wie sehen linke Kämpfe in anderen Teilen der Welt aus? Was können wir von ihnen lernen, wie können wir mit ihnen solidarisch sein und was hat das alles mit Kapitalismus zu tun? Mit dieser Ausgabe soll dem Verband die Möglichkeit gegeben werden, eine linke Analyse auf internationale Kämpfe und Geschehnisse zu entwickeln.
Die zweite Ausgabe erscheint zum Bundeskongress und soll sich rund um das Thema Krisen drehen. Warum führt der Kapitalismus immer wieder zu Krisen, wie kann eine linke Praxis in Krisenzeiten aussehen? Im Hinblick auf die Europawahl im Frühjahr 2024 soll verstärkt auch auf Krisen im europäischen Kontext eingegangen werden.

Beide Ausgaben sollen Konzepte enthalten, die es Ortsgruppen ermöglichen, sich mit Hilfe eines Textes aus der über:morgen neuen Analysen zu nähern oder sie zu vertiefen. Die Zusammenarbeit mit den Landesvorständen bezüglich des Vertriebs der über:morgen soll verstetigt werden.

Zusätzlich zur Printversion wird die über:morgen weiterhin und dauerhaft allen Mitgliedern der Grünen Jugend kostenlos digital in der Wolke zur Verfügung gestellt.

Formate

Das Online-Format "und jetzt?" hat sich auch in Zeiten, in denen Präsenzveranstaltungen endlich wieder die Regel darstellen, als sinnvoll herausgestellt, um kurzfristig als Verband aktuelle Ereignisse einordnen und kommentieren zu können. Dies wollen wir im kommenden Jahr anlassbezogen weiterführen.

Öffentlichkeitsarbeit

Je größer und relevanter wir als GRÜNE JUGEND werden, desto wichtiger ist es, im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit professionell aufgestellt zu sein. Hierfür wurden im vergangenen Jahr, unter anderem mit der neuen Stelle für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, große Schritte gemacht. Nun gilt es, die Arbeit auf allen Ebenen auf ein neues Level zu heben!

In Vorbereitung auf den Europawahlkampf im Frühjahr 2024 gilt es bereits im kommenden Jahr, unser Corporate Design aufzufrischen. Dieses muss sowohl ansprechend für unsere Zielgruppen sein, als auch einfach umzusetzen - von der Ortsgruppe bis zur Bundesebene! Durch ein neues, einheitliches Design können wir

den Zusammenhalt und die Professionalität des Verbandes auch nach außen tragen!

Auch im kommenden Jahr wird es darauf ankommen, unsere Kampagnenfähigkeit unter Beweis zu stellen und aktiv und laut für Veränderung zu sein! Dies wollen wir weiter stärken durch eine noch bessere Vernetzung der Ebenen, verbandsweite Kampagnen, effektive Kommunikationswege sowie Schulungen im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Die enge Zusammenarbeit mit den Landessprecher*innen werden wir weiterführen und weiter ausbauen.

Verbandsarbeit

Länderrat

Der Länderrat vereinigt viele relevante Funktionen: Diskussionsplattform, Entscheidungsgremium, Ort der Vernetzung und Strategiefindung. Auf dem kommenden Sommer-Länderrat wird mit der Bestätigung des Europa-Wahlkampf-Teams der Startschuss für die Europawahl gesetzt. Auch wird der Länderrat weiterhin ein zentraler Ort für tiefergehende inhaltliche und strategische Debatten sein, sowohl in Hinblick auf die internationalistische Ausrichtung als auch die Professionalisierung und Weiterentwicklung der GRÜNEN JUGEND.

Strukturförderung

Strukturförderung ist eine wichtige Säule der Verbandsarbeit in der GRÜNEN JUGEND. Unser Ziel ist es, strukturschwache Landesverbände weiterhin gezielt und sinnvoll zu unterstützen, um ihre wichtige politische Arbeit vor Ort noch besser ausüben zu können - aller schwierigen Ausgangsbedingungen zum Trotz. Nachdem wir in diesem Jahr auf inhaltliche und methodische Weiterbildung unserer "Zukunftsträger*innen" gesetzt haben, um die Verbände mit gut ausgebildeten Verantwortungsträger*innen gezielt zu stärken, soll die Strukturförderung im kommenden Jahr an verschiedenen Punkten anknüpfen: So soll einerseits das Thema Organizing als Werkzeug für die konkrete politische Arbeit vor Ort vertieft und auf die Besonderheiten insbesondere im ländlichen Raum eingegangen werden. Andererseits sollen Verantwortungsträger*innen und insbesondere Sprecher*innen darin unterstützt werden, ihre wichtige Rolle auszufüllen - in einem Umfeld, das häufig linken Akteur*innen, insbesondere Frauen, inter und trans Personen feindlich gegenüber eingestellt ist. Dadurch wollen wir den Verband in strukturschwachen Gebieten sowohl nach innen als auch außen stärken und schlagkräftiger aufstellen.

Bund-Länder-Vernetzung

Die gute Zusammenarbeit der verschiedenen Ebenen der GRÜNEN JUGEND ist

essentiell für einen schlagkräftigen und handlungsfähigen Verband. Der regelmäßige Austausch, insbesondere im Rahmen der Bundesvorstands-Landesvorstands-Treffen, stellt hierbei einen Kernaspekt dar, um diese gute Zusammenarbeit weiter zu stärken und auszubauen. Die methodische und inhaltliche Aus- und Weiterbildung sowie strategische Debatten sollen 2023 weitergeführt werden. Hierbei bieten insbesondere Fragen der Verbandsprofessionalisierung Anknüpfungspunkte, von der Stärkung der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, Nachwuchsförderung, Zusammenarbeit mit Orts- und Kreisverbänden bis hin zum Umgang mit der häufig sehr hohen Arbeitsbelastung im Ehrenamt bei zugleich sehr begrenzten Mitteln für hauptamtliche Unterstützung und finanzielle Absicherung. Dabei sollen auch die Fragen von guter Personalführung behandelt werden.

Debattenorte und Neugestaltung des Bundeskongresses

In den letzten Jahren haben wir gemerkt, wie zentral es ist, auf verschiedenen Ebenen der GRÜNEN JUGEND gute Debattenorte zu haben, in denen jedes Mitglied auf niedrigschwellige Art und Weise mitentscheiden und an politischen Prozessen partizipieren kann. Dabei spielen auf Bundesebene vor allem der Bundeskongress, der Länderrat und die Fachforen eine wichtige Rolle. Diese Orte sollen zukünftig noch besser auf die Bedarfe eines großen Verbandes ausgerichtet sein! Gerade der Bundeskongress hat hier dringenden Reformbedarf, da er aufgrund stark gestiegener Teilnehmendenzahlen immer weniger zum Debattenort für alle Mitglieder wird. Außerdem ist seine Durchführung, nicht zuletzt durch die Corona-Pandemie, immer mehr mit großen Herausforderungen verbunden, die den Verband nicht nur finanziell stark belasten, sondern vor allem die politische Teilhabe erschweren.

Auf dem kommenden Länderrat werden wir deshalb einen Arbeitsbereich einrichten, der sich in einem zweijährigen Prozess der Zukunft des Bundeskongresses und der Evaluierung und Entwicklung von Debattenräumen im Verband widmen wird. Ziel des Arbeitsbereichs soll es sein, bestehende Debattenorte zu evaluieren und mit den Bedarfen des gewachsenen Verbandes abzugleichen. Ein besonderer Schwerpunkt soll dabei auf der Weiterentwicklung des Bundeskongresses liegen, auch im Hinblick auf Barrierefreiheit, Sicherheit und Kinder-, sowie Jugendschutz. Der Arbeitsbereich wird vielfältig besetzt und spiegelt die verschiedenen Ebenen und Bereiche des Verbandes wider. Der Arbeitsbereich hat den Auftrag, über zwei Jahre hinweg eine vielfältige Verbandsbeteiligung sicherzustellen.

Auf dem Bundeskongress 2023 wird der Arbeitsbereich einen Zwischenbericht vorlegen. Erst auf Basis dieses Zwischenberichts soll er bis zum Bundeskongress 2024, zusammen mit zusätzlichen gewählten Arbeitsbereichs-Mitgliedern, konkrete Reformvorschläge erarbeiten. Die Anzahl der zusätzlich gewählten Mitglieder muss größer sein als die Anzahl der bisherigen Arbeitsbereichs-Mitglieder in ihrer Gesamtheit, die mitarbeitende Bundesvorstandsmitglieder ausdrücklich mit einschließt.

Zusammenarbeit mit Abgeordneten

Das vergangene Jahr hat deutlich gezeigt, in welchem Spannungsfeld wir uns als GRÜNE JUGEND bewegen. Für uns gilt weiterhin, das Scharnier zwischen Politik im Parlament und auf der Straße zu bilden, ohne die damit verbundenen Widersprüche vollends auflösen zu können. Auch und gerade als Jugendorganisation einer Regierungspartei vertreten wir unsere Rolle als eigenständige linke Akteurin selbstbewusst nach innen und außen und treten konsequent für die Interessen der Vielen ein. Dies gilt auch in unserer Zusammenarbeit mit unseren jungen Abgeordneten der verschiedenen Ebenen, mit denen wir gemeinsam im engen strategischen und inhaltlichen Austausch darüber bleiben werden, wie wir konkret linke Politik sowohl auf die Straße als auch ins Parlament bringen können.

Frauenförderung und Geschlechterstrategie

Auch im kommenden Jahr wollen wir unsere Vernetzungs- und Förderangebote im Bereich Frauenförderung und Geschlechterstrategie verstetigen und gemeinsam mit dem zuständigen Team weiter ausbauen. Dabei wollen wir sowohl die Vorteile von Online-Veranstaltungen nutzen als auch Angebote in Präsenz ermöglichen.

Die GRÜNE JUGEND soll ein Verband der Vielen sein. Dazu trägt die Förderung von Frauen, inter und trans Personen einen großen Teil bei. Damit diese Angebote möglichst effektiv sind, müssen sie auf allen Ebenen der GRÜNEN JUGEND etabliert und weiterentwickelt werden. In enger Zusammenarbeit mit den frauen-, inter-, trans- und genderpolitischen Sprecher*innen der Länder werden wir die bisherige Umsetzung der Geschlechterstrategie evaluieren und konkrete Konzepte für die Landes- und Ortsgruppenebene entwickeln.

Gleichzeitig soll der Austausch mit den zuständigen Personen verstetigt werden und eine enge Betreuung durch das Team gewährleistet werden. Die Vernetzungstreffen der Frauen-, inter-, trans- und genderpolitischen Sprecher*innen wurden dieses Jahr auch vermehrt zur inhaltlichen und methodischen Fortbildung genutzt. Dieses Konzept soll auch im kommenden Verbandsjahr weitergeführt werden.

Im vergangenen Verbandsjahr wurden Vortreffen für Frauen, inter und trans Personen zum Frühjahrskongress und zum Bundeskongress erprobt und stießen auf positives Feedback. Diese sollen auch im nächsten Jahr weitergeführt und das Konzept verstetigt werden.

Die Vernetzung von inter, trans und nicht-binären Personen wird im nächsten Jahr einen hohen Stellenwert im Arbeitsbereich einnehmen. Neben den üblichen Vernetzungsrunden rund um unsere Kongresse wollen wir dieses Jahr im Rahmen der Bildungs Offensive ein Förderwochenende für diese Personengruppe auf die Beine

stellen, welches über Vernetzung hinaus auch Weiterbildungsangebote schafft.

Schließlich soll im Rahmen des internationalistischen Sommers ein zielgruppenspezifisches Theorieseminar angeboten werden. Dieses Seminar soll Frauen, inter und trans Personen die Möglichkeit geben, sich in Ruhe mit dem männlich dominierten Politikfeld der internationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik auseinanderzusetzen.

Antirassistische Strategien

Auch im Jahr 2023 werden wir in diesem Bereich an die Grundlage der vorherigen Jahre anknüpfen. Nachdem wir mit einer großen Verbandsevaluation und dem Wissenstransfer mit einigen Landesverbänden beschäftigt waren, wollen wir uns im nächsten Jahr mit Hilfe des neu dazugewonnenen Wissen vor allem mit der Umsetzung strategischer Überlegungen auseinandersetzen.

Wir werden ein regelmäßiges Austauschformat zwischen Bundes- und Landesebene einführen und somit für kontinuierlichen Wissens- und Informationsaustausch, sowie Handlungsempfehlungen zum Thema antirassistische Verbandsöffnung sorgen. In diesem Rahmen soll auch ein möglicher antirassistischer Aktionstag 2023 diskutiert werden. Gemeinsam mit den Landesverbänden schauen wir uns auch Möglichkeiten der Zielsetzung und Evaluation vor Ort an.

Nachdem wir im Jahr 2021 mit dem Grundlagenworkshop zu Antirassismus unser erstes eigenes Bildungsangebot zu diesem Thema erstellt haben, wollen wir dieses im nächsten Jahr ausweiten. Wir möchten hierzu einen Workshop zu antirassistischer Praxis konzipieren, der allen unseren Mitgliedern, egal ob betroffen oder nicht, zeigt, wie sie solidarisch an antirassistischen Kämpfen teilnehmen können.

Die Verbandsevaluation hat uns gezeigt, dass besonders Vernetzungsangebote am Rande von Veranstaltungen auf große Beliebtheit stoßen. Diese möchten wir im nächsten Jahr fortführen, um Menschen mit Rassismuserfahrung den Austausch über Orts- und Landesebene hinweg zu ermöglichen. Im Rahmen der Bildungsoffensive wollen wir ein Seminar anbieten, dass sich spezifisch an migrantisierte Menschen richtet und bei der Konzeptionierung aus unseren Erfahrungen mit dem Förderwochenende 2023 lernen. Zusätzlich dazu wollen wir ein offenes Seminar mit antirassistischem Schwerpunkt anbieten.

Bearbeiten soll diese Themen weiterhin der Bundesvorstand zusammen mit dem Arbeitsbereich antirassistische Strategien sowie dem Bildungsteam.

Inklusion

Dass Präsenz-Formate immer stärker wieder die Regel werden, freut uns sehr. Insbesondere hier gilt es, Inklusionsaspekte bei der Planung und Durchführung zu berücksichtigen. Unser Ziel ist es, nicht nur Aspekte in den Blick zu nehmen, die für physische Hürden sorgen können, sondern uns gerade auch den Bereichen zu widmen, die für Menschen mit Neurodiversität eine Hürde darstellen können. Dieser Aufgabe wird sich insbesondere die Bundesgeschäftsstelle widmen. Im Rahmen des Prozesses zu einer besseren Gestaltung unserer Debattenorte und der Neugestaltung des Bundeskongresses wollen wir insbesondere auf die Bedarfe von Menschen mit Behinderung Rücksicht nehmen. Dabei setzen wir auf den regen Austausch mit behinderten, chronisch erkrankten, psychisch erkrankten und oder neurodivergenten Personen und Selbstvertretungen verschiedener Ebenen, als auch auf regelmäßige Vernetzungs- und Weiterbildungstreffen, die insbesondere im Rahmen größerer Veranstaltungen stattfinden werden. Auch soll der Themenbereich Inklusion bei der Ausgestaltung unseres Bildungsangebotes mitberücksichtigt werden. Bei der Gestaltung und Durchführung werden betroffene Mitglieder miteinbezogen. Darüber hinaus stattfindende Vernetzungs- und Bildungsangebote werden bei Bedarf von Seiten der Bundesgeschäftsstelle, des Bildungsteams und des Bundesvorstands insbesondere organisatorisch unterstützt.

Junge Menschen, Schüler*innen und Auszubildende

In den letzten Jahren sind auch immer mehr jüngere Menschen Teil der GRÜNEN JUGEND geworden. Wir wollen weiter daran arbeiten, dass unser Verband auch für sie ein guter Einbringungsort sein kann: Ein im Juni angebotenes Vernetzungstreffen für unter 18-Jährige hat großen Anklang gefunden, weshalb wir dieses Angebot auch im nächsten Jahr verstetigen wollen.

Gleichzeitig wollen wir weiter daran arbeiten, unseren Verband auch für sehr junge Menschen attraktiv, aber auch sicher zu machen. Ein Fokus liegt dabei einerseits auf der Wissensweitergabe an Verantwortungsträger*innen in diesem Bereich. Ein Ort hierfür können beispielsweise Treffen zwischen Landesvorständen und Ortsgruppen sein, auf denen solche Skills weitergegeben werden können. Andererseits werden wir bereits Ende diesen Jahres gemeinsam mit den Landesgeschäftsstellen und der Bundesgeschäftsstelle ein Wochenendseminar zum Thema Jugendschutz besuchen. Im Rahmen der Überlegungen jüngere Menschen zu fördern werden wir uns auch weiter damit auseinandersetzen, wie wir Menschen, die über 18 Jahren sind und nicht studieren, besser in die Grüne Jugend einbinden können.

Finanzen

Auch uns als Verband stellen steigende Preise vor Herausforderungen. Dank der im vergangenen Jahr beschlossenen Anpassung der Mitgliedsbeiträge sowie der Einführung einer solidarischen Mandatsabgabe konnten wir unsere finanzielle Situation schrittweise verbessern. Auch konnten Zuschüsse durch die Partei sowie

öffentliche Mittel gesteigert werden, was unseren Bedarfen dadurch besser gerecht wird, als zuvor. Nichtsdestotrotz bleibt die Lage angespannt, beispielsweise durch den drohenden Rotstift in Folge einer schwarzen-Null-Politik Christian Lindners. Daher gilt es, auch künftig Wege zu suchen, unsere finanzielle Situation zu verbessern. Dies trifft auch auf Landesverbände zu. Hier bietet der Bundesfinanzausschuss einen Rahmen, in dem auch in Zukunft Wissensweitergabe und Erfahrungsaustausch zu Themen wie Finanzverhandlungen, Ortsgruppenfinanzen und Wahlkampffinanzen stattfinden können. Auch sollen Schatzmeister*innen in Ortsgruppen durch methodische Schulungen und Wissenstransfer in ihrer wichtigen Arbeit unterstützt werden. Die soziale Krise trifft viele junge Menschen hart und verschärft Ungleichheiten. Gerade vor diesem Hintergrund bleibt klar, dass die Teilnahme an Veranstaltungen der Grünen Jugend nicht vom Geldbeutel abhängen darf. Wir werden weiter daran arbeiten, finanzielle Hürden abzubauen und beispielsweise die Befreiung vom Teilnahmebeitrag bei allen Veranstaltungen so niedrigschwellig und unbürokratisch wie möglich zu gestalten. Zusätzlich streben wir an, bei Bildungsreisen und ähnlichen Veranstaltungen mit begrenzten Kapazitäten die Teilnahme besonders für Mitglieder zu erleichtern, denen es privat nicht möglich wäre, vergleichbare Angebote zu finanzieren.

konkrete Projekte vor Ort

In diesem Jahr haben wir uns als Verband auf neue Wege begeben und erstmalig lokale Organizing-Projekte ins Leben gerufen, die sich mit dem ÖPNV beschäftigen. Diese gehen im kommenden Jahr in die heiße Phase und sollen vor Ort konkrete Veränderungen erkämpfen, wobei sie vom Arbeitsbereich Organizing und dem Bundesvorstand unterstützt und begleitet werden. Die insgesamt sechs Projekte im gesamten Bundesgebiet gilt es zu evaluieren, um als gesamter Verband von den dort gemachten Erfahrungen zu profitieren und diese für künftige Projekte nutzbar zu machen.

Fachforen

Die Fachforen bieten interessierten Mitgliedern die Möglichkeit, sich vertieft mit verschiedenen Themenbereichen auseinanderzusetzen und zu vernetzen. Sie stellen hierbei einen fachpolitischen Debattenraum im Verband dar, in dem Expert*innenwissen ausgetauscht und weitergegeben werden kann an Interessierte. Auch bieten sie die Möglichkeit, sich beispielsweise mit unseren jungen Abgeordneten auszutauschen und so einen Einblick in konkrete politische Debatten zu ermöglichen. Wir möchten weiter daran arbeiten, das dort vorhandene Wissen für gesamtverbandliche Debatten zur politischen Orientierung zu nutzen sowie die Kooperation unter Fachforen und mit dem Bundesvorstand zu stärken. Einheitliche Strukturen und Arbeitsweisen zwischen den Fachforen können bei Fachforen-Runden mit vielen verschiedenen Fachforen geteilt und danach umgesetzt werden.

Internationales

Das kommende Jahr steht im Zeichen des Internationalismus. Insbesondere in der Bildungsarbeit wollen wir uns vertieft mit internationalistischen Fragestellungen auseinandersetzen, die noch viel zu häufig eine Lücke in der politischen Linken, sowohl theoretisch als auch praktisch, darstellen. Hier sehen wir es als unsere Verantwortung und große Herausforderung zugleich, uns diesem Thema verstärkt zu widmen.

Um internationalistische Praxis zu leben, sollen im kommenden Jahre verschiedene Projekte angegangen werden. So planen wir, wenn möglich, die Teilnahme an Delegationsreisen mit Bündnispartner*innen für den direkten Austausch mit linken Akteur*innen in anderen Regionen der Welt. Auch soll in Vorbereitung auf die Europawahl 2024 im Sommer ein europäisches Land bereist und der Austausch gesucht werden. Die thematischen Schwerpunkte können sich hierbei an Fragen wie der europäischen Sozial-, Schulden- oder Arbeitspolitik und ihren Auswirkungen insbesondere auch auf junge Menschen orientieren.

Darüber hinaus möchten wir die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen, den inhaltlichen und strategischen Austausch mit verschiedenen linken Akteur*innen - auch über die Grenzen Europas hinaus, beispielsweise mit dem Sunrise Movement - weiter auszubauen und zu verstetigen, um voneinander zu lernen und von den Erfahrungen anderer zu profitieren. In Vorbereitung auf die Europawahl führen wir auch das Projekt European Matches weiter, welches ermöglicht, dass sich Ortsgruppen und Landesverbände mit Grünen Jugendlichen anderer europäischen Ländern vernetzen.

Bündnisse

Es braucht gerade in der aktuellen Situation starke Bündnisse, die in der Lage sind, eine Repolitisierung der Vielen voranzutreiben und dafür zu sorgen, dass Menschen für ihr gemeinsames Interesse eintreten. Wir wollen weiterhin in vielfältigen Bündnissen aktiv sein und uns solidarisch zeigen in den verschiedensten Kämpfen: ob feministische, queere, gewerkschaftliche, antirassistische oder antifaschistische Kämpfe - auf die GRÜNE JUGEND ist weiterhin Verlass!

Die soziale Krise wird ein zentrales Feld der politischen Auseinandersetzung in den kommenden Monaten sein - wir als GRÜNE JUGEND sehen es als unsere Aufgabe, hier als eine treibende Kraft gemeinsam mit vielen Verbündeten, von Sozialverbänden, Gewerkschaften, zivilgesellschaftlichen Akteur*innen hin zu Studierenden, migrantischen Organisationen und feministischen Gruppen den notwendigen Druck auf die Straße zu bringen.

406 In den letzten Jahren haben die vielen Klimaproteste immer wieder unter Beweis
407 gestellt, wie eine erfolgreiche Massenmobilisierung aussehen kann. An diesen
408 Erfolgen müssen wir dringend anknüpfen, damit endlich eine radikale Klimapolitik
409 auf den Weg gebracht wird, die dem Ausmaß der Klimakatastrophe gerecht wird und
410 dabei die soziale Frage nicht aus dem Blick verliert. Das bedeutet für uns: sich
411 mit den großen Verursacher*innen anlegen und jede Abwälzung auf das Individuum
412 kollektiv zurückweisen.

RP-1-B Rechnungsprüfungsbericht

Gremium: 56. Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 01.10.2022
Tagesordnungspunkt: F Finanzen

Antragstext

1 Der Rechnungsprüfungsbericht für das Geschäftsjahr 2021 befindet sich in der
2 Wolke:

3 <https://wolke.netzbegruenung.de/f/56917123>

T-1-B Tagesordnung

Gremium: 56. Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 01.10.2022
Tagesordnungspunkt: T Tagesordnung, Formalia

Antragstext

- 1 Als Bundesvorstand schlagen wir folgende Tagesordnung vor:
- 2
- 3 TOP 1 Formalia
- 4 TOP 2 Präferenzwahl
- 5 TOP 3 Solidarität statt Krisen!
- 6 TOP 4 Rechenschaftsbericht des Bundesvorstands
- 7 TOP 5 Wahl des Bundesvorstands
- 8 TOP 6 antirassistische Strategien
- 9 TOP 7 Satzungsänderungen
- 10 TOP 8 Arbeitsprogramm
- 11 TOP 9 Finanzen

T-2-B Verfahrensvorschlag 56. Bundeskongress

Gremium: 56. Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 01.10.2022
Tagesordnungspunkt: T Tagesordnung, Formalia

Antragstext

Die 56. Bundesmitgliederversammlung gibt sich die folgenden
Abstimmungsverfahren:

1. Wahlen und geheime Abstimmungen können mit elektronischen
Abstimmungsgeräten durchgeführt werden.
2. Erfolgt dies bei einer Wahl oder einer geheimen Abstimmung über eine
Satzungsänderung, wird anschließend eine schriftliche Schlussabstimmung
durchgeführt. In diesem Fall ist die Schlussabstimmung die einzige
verbindliche Abstimmung. Sie erfolgt für alle auf diese Weise zu
bestätigenden Beschlüsse und Wahlen auf einem gemeinsamen Stimmzettel. Auf
diesem Stimmzettel können entweder
 - alle Beschlüsse und Wahlen bestätigt werden (Ja), nicht bestätigt werden
(Nein), oder das abstimmende Mitglied kann sich zu allen Fragen enthalten
(Enthaltung); in diesem Fall sind alle weiteren Markierungen auf dem
Stimmzettel ungültig, oder
 - zu jedem Antrag mit Ja, Nein oder Enthaltung gestimmt werden und zu jeder
Kandidat*in mit Ja, Nein oder Enthaltung abgestimmt werden oder die
Kandidat*in gestrichen und durch eine andere Kandidat*in ersetzt werden.
3. Abstimmungen, bei denen in der offenen Abstimmung kein eindeutiges
Ergebnis festgestellt werden kann, können per elektronischer Abstimmung
durchgeführt werden.

21 4. Bei Abstimmungen mit elektronischen Abstimmungsgeräten ist zu
22 gewährleisten, dass die Stimmabgabe geheim und anonym erfolgt und alle
23 Stimmen im Saal erfasst werden. Es ist sicherzustellen, dass das
24 Abstimmungsverhalten stichprobenartig im Anschluss an den jeweiligen
25 Wahlgang anhand des Identifikationsmediums überprüft werden kann. Es ist
26 sicherzustellen, dass jede*r Stimmberechtigte bei der Auswahl des
27 Identifikationsmediums freie Hand hat, und dieses auch während der Sitzung
28 austauschen kann. Vor der ersten solchen Abstimmung ist eine
29 Testabstimmung durchzuführen.

30 5. Abweichend hiervon werden die Wahlen, die im Präferenzwahlverfahren
31 durchgeführt werden, ausschließlich mit vorgedruckten Stimmzetteln
32 durchgeführt. Die Auszählung und Bekanntgabe des Ergebnisses kann nach
33 Ende der Mitgliederversammlung erfolgen. Zuständig für die Durchführung
34 sind Versammlungsleitung und Zählkommission gemeinsam mit der
35 Geschäftsstelle.